

Verantwortl. Redakteur: F. W. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Mittagsblatt 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. J. Barck & Co., Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate November und Dezember für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pfg., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Graf Moltke — 89 Jahre.

Der berühmte Schlachtenheerführer, Generalfeldmarschall Graf Moltke, welcher für die Nation und Einheit Deutschlands so viel gethan hat, kann sich der Sympathie und Aufmerksamkeit des deutschen Volkes nicht entziehen. Es ist daher nur ein Tribut schuldiger Dankbarkeit, wenn wir daran erinnern, daß Graf Moltke heute am 26. Oktober seinen 89. Geburtstag feiert.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, bei dieser Gelegenheit auf den militärischen Lebensgang des Gelehrten hinzuweisen, denn nicht nur der Deutsche, der zu den höher stehenden Kreisen zählt, sondern auch derjenige, der den niederen Schichten des Volkes angehört, kennt die Geschichte Moltkes. Wohl aber steht es uns zu, eine Lehre für uns selbst aus dem Leben des großen Mannes zu ziehen. Wenn wir betrachten, wie Moltke von einem Erlöse zum andern schritt, wie er in seinen jungen Jahren, die man wohl als Moltkes Wanderjahre bezeichnen kann, rastlos bemüht war, sich nach jeder Richtung hin weiter zu bilden, und wie er im Dienste des Kaisers alles daran setzte, um den ihm gestellten Aufgaben gerecht zu werden, wie er endlich mit einer Ausdauer, die in Völkern und Völkern die Geschichte der ihm anvertrauten Heere leitete, dann müssen wir uns sagen, daß die bis zur Ausopferung gehende Pflichttreue des Grafen Moltke es ist, welche wir als die Ursache seiner Erfolge ansehen müssen.

Der Dienst und seine Forderungen sind ihm jeder Zeit höher gegangen als die Bequemlichkeiten eines Privatlebens. Aber Moltke hat auch mit seiner Empfindung bei militärischen Operationen die völkergeschichtliche Notwendigkeit derselben ins Auge gefaßt, er war nicht nur der Strategie, der Schlachten zu lenken wußte, sondern er war sich bewußt, einen Teil der Weltgeschichte zu entscheiden. Das ist's, was Moltke weit über die meisten berühmten Feldherren stellen wird. — Man hat im deutschen Reich den Grafen Moltke immer „den Schweiger“ genannt und es bildete sich daraus die Mythe, daß der große Heerführer wenig oder gar nicht das Wort ergreife.

Welches Unrecht! Sprechen für diesen Mann nicht schon die Thaten so laut und eindringlich, daß wir bei Allem, was das Herz des Deutschen in den letzten Jahrzehnten erheben konnten, an ihn erinnert werden müßten? Und ist es in der That so, daß Graf Moltke wenig spricht, dann wird, wenn er einmal das Wort ergreift, dasselbe um so mächtiger in die Welt schalle.

„Erst wägen, dann wagen!“ So lautet die Devise seines Wappens und nach dieser Devise handelt er. Das was er einmal erwogen hat und für richtig erkannt hat, das wird gewagt. Moltke ist im geschäftlichen Sinne des Wortes kein Schweiger. Er spricht, wie wir bei den verschiedensten Verhandlungen im Reichstage gesehen haben, mit Verfaßtheit und Überzeugung. Wer erinnerte sich nicht der denkwürdigen Reichstagsitzung des norddeutschen Bundes im Jahre 1868, in der Moltke ausrief: „Welcher verständige Mensch würde nicht wünschen, daß die enormen Ausgaben, welche in ganz Europa für Militärausgaben gemacht werden, für Friedenszwecke verwandt werden könnten? Auf dem Wege der internationalen Verhandlung wird dies immer mehr zu Stande kommen. Der Krieg ist ja nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Ich sehe für den Zweck nur eine Möglichkeit, und das ist, daß im Herzen von Europa sich eine Macht bildet, die, ohne selbst eine Eroberung zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann. Ebenwegen glaube ich, daß, wenn dieses feindselige Werk jemals zu Stande kommen soll, es von Deutschland ausgehen wird, aber erst dann, wenn Deutschland stark genug ist, das heißt, wenn es geeinigt sein wird!“

Moltke sprach damals befehl von prophetischem Geiste, denn noch war der große Krieg mit dem welchen Erbfeinde nicht geschlagen, man dachte noch nicht daran, daß eine Katastrophe wie die von Sedan nötig sein würde, um Deutschland das höchste Gut geben zu können: Die Einheit unter kaiserlichem Scepter.

Generalfeldmarschall Graf Hellmuth von Moltke, der getreueste Helfer bei der Neuaufrichtung des deutschen Reiches, hat drei deutschen Kaisern gedient. Kaiser Wilhelm I., der Enkel des schönsten Vorkämpfers, unter dem Moltke die schönsten Vorkämpfer erntete und der Sohn des unversiegbaren Heerführers, kann und will den erprobten Rath des Schlachtenheerführers nicht entbehren. Die Last der laufenden Geschäfte des großen Generals sind auf jüngere Schultern gelegt, aber Graf Moltke weiß, daß sein Geist weiterleben wird in der deutschen Armee, und wenn der Fall eintreten sollte, daß dem Vaterlande eine ernste Gefahr droht, dann wird Deutschlands Volk mit Vertrauen auf den großen Generalfeldmarschall blicken, der dann sein Institutum in Schäften verlassen wird, um auf Neue zu zeigen, daß wir Deutsche nach Bismarcks Werte außer Gott nichts auf der Welt zu fürchten haben.

Deutschland.

○ Berlin, 25. Oktober. Wenn es sich um die Angelegenheit des Sozialistengesetzes handelt, so liegt es in der Natur der Sache, daß dabei nur diejenigen Parteien in Betracht kommen, welche zu der Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes sich bereit gefunden haben. In diesem Sinne zu verstehen, welche die Aufhebung des Gesetzes verlangen, entweder weil ihre Parteinteressen nicht von dem innern Frieden, sondern von dessen Störung Förderung erwarten, oder weil sie sich aus einem Gemisch von Doktrinarismus und Populärthätigkeit den Anforderungen der Staatsthätigkeit entziehen,

ist überflüssig. Von ihnen ist keine sachliche Würdigung positiver Gesichtspunkte zu erwarten. Anders liegt die Sache bezüglich der Parteien, welche die Mehrheit des Reichstages auch für die Verlängerung des Sozialistengesetzes bilden. Von ihnen darf sachliche Würdigung und Verständnis auch der Gründe erwartet werden, welche für die Verrückung der gegenwärtigen Befristung des Gesetzes sprechen.

Der Gedanke, das Sozialistengesetz auf bestimmte, regelmäßig kurze Frist zu bemessen, so zu gestalten, daß es in Kraft bleibt, bis es durch einen Akt der Gesetzgebung aufgehoben wird, beruht keineswegs auf der Annahme, daß das Sozialistengesetz die sozialdemokratischen Verirrungen hüten solle. Eine solche Erwartung ist niemals gefügt worden, vielmehr ist die Heilung der von den sozialdemokratischen Anschauungen ergriffenen Kreise immer nur von einer positiven Sozialreform im Interesse der Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung erwartet worden, zu welcher in der Kranken-, Unfall-, sowie in der Alters- und Invalidenversicherung berechnungsvolle Bausteine geliefert sind. Das Sozialistengesetz hat von Anfang an nur den doppelten Zweck verfolgt, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu sichern und die Verbreitung der Sozialdemokratie über die eigentlichen Infektionsherde hinaus mechanisch zu hindern. Wer sich der aufreizenden Agitationsfähigkeit eines Mols, Hasselmann, Bebel, Liebknecht und insbesondere der vor Erlaß des Sozialistengesetzes ihrer in Berlin gehaltenen Brandreden erinnert, wird anerkennen, daß damals die Gefahr schwerer Unruhen und selbst blutiger Auftritte keineswegs abzuweisen war. Ebenso wird derjenige, welcher der Anfangs eifrigen und erfolgreichen Propaganda unter der Landbevölkerung, namentlich in der nächsten Nachbarschaft der Großstädte, sich erinnert, die Dringlichkeit des Schutzes der noch gesunden Theile der Bevölkerung vor Ansteckung nicht bestreiten. Nach beiden Richtungen hat das Sozialistengesetz den gehegten Erwartungen durchaus entsprochen. Die öffentliche Ruhe und Ordnung ist erhalten worden und die Sozialdemokratie ist auf jene begrenzten Distrikte beschränkt geblieben, in welchen die Duld der Vorbereitung des Lebens durch die deutschfeindliche Agitation fest zu fassen vermocht hatte. Hier wird es einer langdauernden Zeitwirkung der positiven Sozialreform auf der Grundlage des praktischen Christenthums bedürfen, bis die Sozialdemokratie überwunden ist. Bis dahin bedarf es zweifellos besonderer Vorkehrungen, zu deren Verwirklichung das Sozialistengesetz ein nicht wieder heranzutreten soll. Wird hiernach auf absehbare Zeit der außerordentlichen Vollmacht des Sozialistengesetzes nicht zu entsagen sein, so ist es klar, daß die Verbeibaltung des Systems der Beschränkung der Geltungsdauer auf feste künftige Fristen die Notwendigkeit wiederholter Verlängerungen dieser Frist in sich schließen und daher auf lange Zeit die Fortdauer derjenigen schweren Mischlinge bedeuten würde, welche nach der bisherigen Erfahrung mit der jeweiligen Verlängerung des Sozialistengesetzes verknüpft sind. Wer sich der Reichstagsverhandlungen aus diesen Anfängen erinnert und sich vergegenwärtigt, wie dabei nicht bloß von den Sozialdemokraten, sondern auch von allen Oppositionsparteien alle Register der Aufreizung und Verhetzung gezogen wurden, kann darüber nicht zweifeln, daß die diese Verhandlungen immer aufs Neue wieder diese Verurteilung in die von den sozialdemokratischen Irreführern beherrschte Masse tragen, und sie so den letzteren weiter zugänglich, den Heilmitteln der Sozialreform unzugänglich machen. Die Verhandlungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes haben so erfahrungsgemäß gerade der Wirksamkeit des Sozialistengesetzes entgegen gewirkt: sie sind aber auch geeignet, den Teilungsprozess empfindlich zu verlangsamen und so den Zeitpunkt hinauszuschieben, mit welchem außerordentliche Gebrauchsmittel zu entnehmen sind. Die Verrückung der kurzen Fristen empfiehlt sich daher sowohl unter dem Gesichtspunkte voller Wirksamkeit des Ausnahmegesetzes, als unter dem der Verkleinerung der Ueberwindung der Sozialdemokratie. Daß die verbundenen Forderungen, wenn dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, nicht die Hand zur Aufhebung des Sozialistengesetzes bieten sollten, ist eine Unterstellung, welche wohl auf deutschfeindlicher und sozialdemokratischer Seite denkbar ist, welche aber bei ruhig und verständig denkenden Menschen keinen Platz finden kann. So sprechen denn alle sachlichen Gründe für die Verrückung der festen Frist für die Geltungsdauer des Sozialistengesetzes.

— Die Reise Kaiser Wilhelms nach Konstantinopel bildet in Petersburg, wie der „Polit. Korresp.“ geschrieben wird, den Gegenstand lebhafter Erwartungen, und vielfach wird an der Annahme festgehalten, daß der wahre Zweck derselben darin liege, die Türkei für den Anschluß an den Dreieinig in irgend einer Form zu gewinnen. Das offizielle Blatt stellt fest, daß man in russischen engeren politischen Kreisen diese Vermuthung nicht theilt. Selbst wenn in Berlin der Wunsch genährt werden sollte, den Rahmen des Dreieiniges durch die Angliederung der Türkei an denselben zu erweitern, so habe man in den entscheidenden Kreisen der deutschen Reichshauptstadt unzweifelhaft volle Klarheit darüber, daß die Bedingungen für einen Erfolg derartiger Bestrebungen nicht vorhanden seien. Wer die bedeutsame, zurückhaltende äußere Politik, welche die Priorität seit Jahren befolgt, beobachtet hat, mußte auf das entschiedenste bezweifeln, daß die türkische Regierung sich zu einer so ausgeprochenen Stellungnahme an der Seite einer europäischen Staatengruppe entschließen könnte. Es liegt nicht im Interesse der Priorität, für oder gegen Russland, für oder gegen den Dreieinig Partei zu ergreifen, während es ihr andererseits unzulässig nur Vorteile bringen könnte, wenn sie sowohl in der Gegenwart, wie für den etwaigen Fall zukünftiger Verwicklungen sich die volle Freiheit ihrer Handlungen wahrte. Wenn man aber auch in den erwähnten Kreisen nicht daran glaubt, daß Kaiser Wilhelm nach Konstantinopel ziehe, um die Türkei für die Tripel-Allianz zu gewinnen, so wird nichtsdestoweniger anerkannt, daß der Besuch des deutschen Kaisers beim Sultan Abdul Hamid als ein Ereignis von Bedeutung angesehen sein wird, da die äußere Politik eines Staates doch nicht darauf allein ausgehen kann, Verbindungen zu gewinnen, und eventuell

Allianz-Verträge abzuschließen, sondern im Allgemeinen auch darauf gerichtet sein muß, die vielfachen gegenseitigen Beziehungen der Länder und Regierungen zu bestimmen, diese Beziehungen enger zu gestalten, das Ansehen des eigenen Staates gegenüber den anderen zu heben u. s. w. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, ist die Tragweite des bevorstehenden Kaiserbesuches in Stambul leicht zu begreifen. Die Türkei hat, indem sie einen Teil ihrer Heeres-Organisation dem deutschen Reiche entlehnte, die Wirtung des deutschen Geldmarktes in Anspruch nahm und überhaupt sich auf politischem Gebiete deutschen Einflüssen in mancher Richtung unterwirft, Deutschland sich bereits in dem Maße genähert, daß das Erscheinen des deutschen Kaisers am Goldenen Horn zur Vertiefung dieser Annäherung in mächtiger Weise beitragen muß, sowie vorauszuweisen ist, daß der Kaiserbesuch in Konstantinopel im Oriente überhaupt einen tiefen Eindruck erzeugen wird, der nicht verfehlen dürfte, auf die politische Zukunft dieses Gebietes einen merkwürdigen Einfluß auszuüben.

— Am Mittwoch Abend fand, wie der „Staats-Anzeiger“ meldet, bei stillem klarem Wetter zu Ehren Sr. Majestät eine sehr effektvolle elektrische Illumination der Schiffe, sowie Feuerwerk auf der „Krone“ statt. An Bord Alles wohl.

— Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages veröffentlicht folgenden Aufruf:

An unsere deutschen Parteigenossen im Ausland! Parteigenossen! Wie Euch Allen bekannt sein wird, stehen in Deutschland die Neuwahlen zum Reichstag in Kürze bevor. Durch Beschluß der Majorität des gegenwärtigen Reichstages, welchem die Regierungen ihre Zustimmung gaben, wird der nächste Reichstag nicht wie bisher auf drei Jahre, sondern auf fünf Jahre gewählt. Die bevorstehenden Wahlen sind also von ganz besonderer Wichtigkeit. Gelänge es der jetzigen reaktionären Majorität, welche die so knapp zugewonnenen Volksrechte verkürzt, die indirekten Steuerlasten in bisher nie gekanntem Maße erhöhte und eben dabei ist, die Ausnahme-Gesetzgebung zu verewigen und neue gewaltthätige Maßnahmen für Nützungswecke zu bewilligen, das heißt in der Hand zu behalten, die Rückwärtsbewegung unserer Gesetzgebung ohne Unterbrechung weiter, die Kassen würden bis ins tiefe Unrechtliche gesteigert. Diesen, speziell die Arbeiterklasse aus schwerste bedrückenden Verhältnissen entgegenzuwirken, ist eine starke sozialdemokratische Vertretung im Reichstag das geistigste Mittel. Eine solche wird auch die Regierungen und die herrschenden Klassen drängen, im Sinne der Beschlüsse des internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris für die Schaffung einer wirksamen internationalen Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung einzutreten. Sie wird ferner den Kriegsgesetzmäßigkeiten und Nationalitäten-Verhörungen, von wo immer sie kommen, entgegenzutreten, die ganz Europa in ein ungeheures Waffenlager verwandelt und die ganze Kulturwelt mit Angst, Sorge und Unruhe erfüllt. Diesen kulturfeindlichen Verhältnissen gegenüber wird eine starke sozialdemokratische Fraktion die Interessengemeinschaft der arbeitenden Klassen aller Völker, die in der Aufrechterhaltung des Friedens und der gemeinsamen Kulturarbeit zum Wohlfühlen Aller bestehen, auf das energischste vertreten. Parteigenossen! Unser Interesse ist also auch das Euer, und so appellieren wir an Euer Mitleid und Solidaritätsgesühl, das Ihr noch stets für die Zustände Eures Heimatlandes und für Eure hier kämpfenden Genossen bewiesen habt, und fordern Euch auf, uns in dem bevorstehenden Wahlkampf nach Kräften materiell zu unterstützen. Wie groß oder wie klein immer die von Euch gewählte Hilfe sein mag, wir werden sie als ein Zeichen Eurer brüderlichen Gesinnung annehmen und im Sinne unserer gemeinsamen Sache im Wahlkampf verwerten. Jeder von uns ist bereit, Spenden für diesen Zweck in Empfang zu nehmen. Es lebe unsere gemeinsame Sache, die Sache der Arbeit und der Kultur.

Berlin, den 23. Oktober 1889.

— Aus dem Marineetat haben wir folgende Stelle hervor: Die Erfahrungen, welche während des letzten Jahres bei den in größerem Umfang stattgehabten Flottenübungen gemacht worden sind, haben die Nothwendigkeit ergeben, in Zukunft an die Leistungsfähigkeit des einem größeren Kommando verbundene zugehörenden Vorposten bedeutend erhöhte Anforderungen zu stellen. Um allen Ansprüchen an die Leistung der Operationen und die Verfeinerung der Übermittlung zu genügen, muß bei der Flotte wenigstens ein Fahrzeug vorhanden sein, welches unter allen Umständen in Bezug auf Schnelligkeit und Seetüchtigkeit den Erfordernissen der Zeit weit entspricht und welches zugleich im Stande ist, längere Reisen mit größter Geschwindigkeit zurückzulegen. Diese Anforderungen bedingen in Folge der Nothwendigkeit erhöhter Maschinenleistungen und eines größeren Kohlenvorraths sowie der Seetüchtigkeit bei jedem Wetter bedeutend größere Abmessungen, als die bisherigen Schiffe besaßen. Diese Abmessungen sind aber für das Fahrzeug gleichzeitig nothwendig, um das Hauptquartier und das Gefolge Sr. Majestät des Kaisers aufnehmen zu können, sobald Allerhöchsterseits sich zur Leitung der maritimen Verhältnisse der Flotte einschiffte. Diesem Zwecke hat bisher S. M. S. „Hohenzollern“ genügt, welches als Aviso A in den Jahren 1874 und 1876 erbaut worden ist und auch bei den letzten Flottenmanövern als kaiserliche Yacht Verwendung gefunden hat. Die rapide Entwicklung des Schiffbaues und die Nothwendigkeit einer größtmöglichen Geschwindigkeit für solche Fahrzeuge lassen die „Hohenzollern“ nach den neuesten Erfahrungen nicht mehr geeignet für jenen Zweck erscheinen, auch genügt dieselbe in ihren räumlichen Verhältnissen durchaus nicht zur Unterbringung derjenigen Personen, welche sowohl für die Zwecke der militärischen Leitung als auch für die Fortführung der Staatsgeschäfte unmittelbar in der Umgebung Sr. Majestät des Kaisers Aufenthalt nehmen müssen. Es hat sich deshalb das dringende Bedürfnis zur Erbauung eines neuen Fahrzeuges herausgestellt, welches in Bezug auf Schnelligkeit und sonstige Eigenschaften allen Anforderungen an einen Aviso entspricht und gleichzeitig als kaiserliche Yacht Verwendung finden kann. Diese gesteigerten Anforderungen bedingen einen wesentlichen erhöhten Kostenaufwand im Vergleich mit der „Hohenzollern“ sowohl wie mit den für kleinere Verbindungen bestimmten Avisos.

Die Kosten sind einschließlich der Ausrüstung auf 4,500,000 Mark veranschlagt; für das Etatsjahr 1890-91 kommt die erste Rate mit 1,500,000 Mark in Ansatz.

— Ein probeweise nach Odeja abgegriffener militärischer Sanitätszug ist dajelbst, nach der „Frankf. Ztg.“, eingetroffen und genau besichtigt worden. Fast einstimmig wurde den russischen Systemen, und besonders dem System der Bahn Moskau-Brest für Soldaten und demjenigen des Ingenieurs Rotjarskij für Offiziere, der Vorzug vor den ausländischen Systemen zuerkannt. Das Hamburger System kam in Odeja vollständig defekt an, so daß, wenn von demselben Gebrauch gemacht worden wäre, der Sanitätszug hätte herausfallen müssen. Am 16. Oktober trat der Sanitätszug die Heimfahrt an.

— Wie der „Kreuz-Ztg.“ aus Rom berichtet wird, beruht in den dortigen politischen Kreisen die auch von mehreren mit denselben in Verbindung stehenden Journalen zum Ausdruck gebrachte Meinung, daß das Streben Deutschlands in den neuesten Zeiten hauptsächlich auf eine Ausgleichung der österreichisch-russischen Interessen gerichtet sei. In diesem Sinne sprechen sich die „Italia“ und „Opinione“ aus, und es ist bemerkenswerth, daß von diesen Blättern der italienischen Regierung die aufrichtige Absicht zugeschrieben wird, soweit sie unter Festhalten ihres Prinzips der nothwendigen Selbstständigkeit der Balkanstaaten hierzu beitragen kann, einer solchen Ausgleichung förderlich zu sein.

— Ueber den Besuch der Kaiserin Viktoria des Sultans von Sansibar beim Fürsten Bismarck berichtet die „Berl. Ztg.“ noch Folgendes: Die überreichsten Geschenke waren ein großer goldgezierter Säbel und ein ebenfalls goldgezierter, außerdem ein Trinkservice von sambaritischer Arbeit, während für die Gemahlin des Kaisers Armbrustpfeile von massivem starken Golde übergeben wurden. Als Gegengabe erhielten die Kaiserin einen großen Bokal, dessen Deckel das Bild des deutschen Kaisers trägt, und um dasselbe herum eine Sammlung alter preussischer Münzen.

— Von zuverlässiger Seite ist gestern hier die Mittheilung eingegangen, daß die Firma Popper u. Margulies in Jassy ihre Zahlungen eingestellt hat. Durch dies Fallissement sollen deutsche Häuser in Mitleidenschaft gezogen sein.

— Die Kaiserin Augusta Viktoria hat bekanntlich Handschreiben an die Gemeindevorstände mehrerer hiesiger wohlhabender Kirchen gerichtet, in welchen der Wunsch ausgesprochen wird, daß dieselben zur Erbauung von Kirchen in den Vorstädten, namentlich in der St. Elisabethengemeinde und in Rummelsburg, aus ihrem Einkommen beitragen möchten. Die Gemeindevorstände von St. Matthäus haben darauf, wie der „Gang-Kirchl. Anz.“ mittheilt, jüngst beschlossen, einen Beitrag von Einhunderttausend Mark zur Abhilfe der hiesigen Kirchenthümlichkeit zu bewilligen und der Kaiserin mit dem Wunsch zu überreichen, daß diese Summe vornehmlich zum Bau einer Kirche mit Pfarrhaus in Rummelsburg, wo die kirchliche Verarmthung am dringendsten der Abhilfe bedürftig erscheint, verwendet werden möchte.

— Dem Reichstage ist, wie mitgetheilt, die Uebersicht der vom Bundesrathe auf Reichstagsbeschlüsse gefassten Entschlüssen zugegangen. Danach sind mehrere den verbündeten Regierungen überwiesene Petitionen abschlägig beschieden, so diejenige des deutschen Buchhändlervereins in Leipzig um Herabsetzung des Portos für Druckbogen von 50 bis 100 Gramm Gewicht und eine andere um Erweiterung der Grundstücke für die Fixation der Brause. Ueber zahlreiche Angelegenheiten sind die Erörterungen bezu. Erhebungen noch nicht zum Abschluß gelangt. Hierzu gehört der Vortrag, Gewerbebetriebe unter gleichzeitiger Theilnahme der Arbeiter einzuführen, die Einrichtung eines Reichspolizeiraths, gesetzliche Maßregeln gegen Mißbräuche im Spiritusvertrieb durch Konsumvereine, die im Interesse der Tabakbauern gewöhnlichen Erleichterungen hinsichtlich der Tabaksteuer, Petitionen wegen des Kaffee-Terminhandels, endlich die Angelegenheit der Wahl im 10. Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau (Waldenburg). Unerledigt sind auch noch mit Rücksicht auf die noch nicht zum Abschluß gebrachten bezüglichen internationalen Verhandlungen das Ausführgesetz zum Verträge betreffend die Unterdrückung des Brauntweinhandels unter den Nordseefischern auf hoher See, die Erklärung zum Verträge betreffend die Regelung der Nordseefischerei vom 6. Mai 1882 und die Deklaration zur Reklamation.

Italien.

— Rom, 24. Oktober. Die gegen Jules Ferry gerichteten Anklagen seitens der „Tribuna“ werden von „Capitan Fracassa“ bestätigt. Das letztere Blatt behauptet ebenfalls das Vorhandensein eines schriftlichen Ehrenwortes, nach welchem Frankreich keinen Anschlag gegen Tunis plane, stellt jedoch in Abrede, daß Fürst Bismarck diesen Plan gefordert habe.

Niederlande.

— Antwerpen, 20. Oktober. Heute Nachmittag 4 Uhr fand im „Vollsaal“ die von der Antwerpener Abtheilung des liberalen blamischen „Willemsfonds“ veranstaltete Konferenz über die südafrikanische Republik Transvaal statt. Vor einer mehr als 3000 Personen zahlenden Versammlung legte der in letzter Zeit vielgenannte Unterrichtsminister S. J. Dutoit in einem anderthalbstündigen Vortrage die Geschichte, Entwicklung und augenblickliche Lage seiner Heimat aneinander. Die Ausführungen des Redners gipfelten darin, daß die Engländer die Amerikaner, welche sie durch Waffengewalt nicht erreichen konnten, durch die in letzter Zeit sich vollziehende Masseneinwanderung des angelsächsischen Elements — wöchentlich ungefähr 300 Köpfe — durchzuführen würden, wofür dem „Vollsaal“ nicht vom Mutterlande, dem niederländischen Sprachgebiet, aus Kapital und Hände zugeführt würden. Namentlich fehle es an Bergleuten und Ackerbauern. Auch in intellektueller Hinsicht bedürfe der junge Freistaat der Hilfe, damit der einheimische „Volk“ dem geübten und mit allen Kenntnissen europäischer Gelehrten angestatteten Engländer nicht nachhiebe. Die von warmer Vaterlands- und Stammesliebe durchdrungenen Ausführungen des Redners machten in ihrem ungekünstelten Freimuth auf die gespannt lauschenden Zuhörer einen tiefen Eindruck.

und wurden oft von Beifall unterbrochen. Dutoit wurde, während der Saal sich langsam leerte, von den hiesigen leitenden Persönlichkeiten der blamischen Bewegung förmlich beglückwünscht.

Spanien und Portugal.

Die heute hier vorliegenden Lissaboner Zeitungen bringen den Wortlaut der in einer Dragmelung im Anzuge bereits mitgetheilten Proklamation des neuen Königs Dom Carlos von Portugal. Die Proklamation lautet in vorgetreuer Uebersetzung wie folgt:

„Portugiesen! Es hat Gott gefallen, dem Leben des Königs Dom Luis I., meines erlauchtesten und vielgeliebten Vaters, ein vorzeitiges Ende zu setzen nach einer Regierung von 28 Jahren, welche in der Geschichte des Landes als eine Periode des Friedens, der Ordnung und Freiheit, segensreicher Neubildungen in den Grundgesetzen und organischen Einrichtungen des Landes und der reichsten geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung verzeichnet bleiben wird. In Gemäßheit der politischen Verfassung der Monarchie bin ich berufen, an die Spitze des Reiches zu treten, und zur besten Erfüllung der mir obliegenden Pflichten finde ich die Kraft in dem von dem verstorbenen Herrscher mir hinterlassenen Vorbilde und in der liebenden Verehrung, mit welcher das portugiesische Volk sein Andenken bewahrt und mit mir und mit der königlichen Familie den großen Schmerz theilt, den wir alle empfinden. Auf die treueste Beobachtung unserer politischen Verfassung, auf das unablässige Bemühen, die Größe und das Gedeihen meines Vaterlandes nach Kräften zu fördern, werde ich mein sorgfältigstes Bestreben richten. In dieser Weise werde ich suchen zugleich die Liebe des Volkes zu gewinnen und dem Beispiel des Monarchen zu folgen, welcher so früh seiner Familie und der Verehrung und Liebe der gesammten Nation entrissen wurde. In unverzüglicher Erfüllung einer Verpflichtung des Grundgesetzes der Monarchie schreibe ich ferner, die heilige katholische Religion und die Integrität des Reiches zu wahren, die politische Verfassung des Reiches zu halten und halten zu lassen und das Gemeinwohl der Nation, so weit es an mir liegt, zu fördern, und ich verspreche, in Kürze diesen Schwur vor der Landesvertretung der portugiesischen Nation zu bekräftigen. Ferner erkläre ich, daß es mein Wunsch ist, daß die gegenwärtigen Minister und Staatssekretäre in ihren Ämtern verbleiben.“

Palast zu Lissabon, den 19. Oktober 1889.

Dom Carlos I.

Gegenzeichnet ist die Proklamation von sämtlichen Ministern.

Rußland.

— Petersburg, 24. Oktober. Die serbische Thronrede und die Eröffnungsrede Paschies in der Schuphina werden von den Zeitungen sehr günstig aufgenommen. Beide Kundgebungen seien Beweise dafür, daß Serbien vollständig mit der Politik Milans gebrochen habe, eine Rückkehr zu einer, Oesterreich ergebenen Politik sei unmöglich. Die Rolle Milans sei definitiv zu Ende.

Griechenland.

— Athen, 24. Oktober. Der hiesige Hof reist morgen (Freitag) Mittag nach Korinth, um dort die Kaiserin Friedrich mit den Prinzessinnen Thodori zu empfangen und hierher nach Athen zu begleiten, wo die Ankunft um 5 Uhr erwartet wird. Um 6 Uhr treffen, über Patras kommend, Staatsminister Graf Bismarck, Hofmarschall von Liebenau und die übrigen Herren vom kaiserlichen Gefolge hier ein.

Stettiner Nachrichten.

— Stettin, 25. Oktober. Herr J. C. Zimmall in Stolz hat ein Patent angemeldet auf eine Griespflanzmaschine mit Hohlheben.

— Die durch die mangelhafte Behandlung eines Mediziners hervorgerufene vorübergehende Verschlimmerung der Krankheit des Patienten ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 1. Straffenabz., vom 20. Mai 1889, als fahrlässige Körperverletzung zu bestrafen. „Der 223. Str.-G.-V.“ fest keineswegs die Verschärfung einer noch inakuten Gesundheit zu seiner Anwendung voraus, sondern er hält den Menschen insoweit für gesund, als er nicht erkrankt ist, und es ist darum die Verschlimmerung seiner Gesundheit als eine Verschärfung der Gesundheit anzusehen. Nur für das Strafmäß kann es unter Umständen von Bedeutung sein, daß der an seiner Gesundheit beschädigte Mensch bereits erkrankt war, weil die Verursachung nicht weiter zur Strafe gezogen werden kann, als sie reicht.“

— Der frühere hiesige Verwaltungsgerichtsdirektor Ober-Regierungs-Rath Wimmer zu Aurich ist auf Grund des § 28 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes vom 30. Juni 1883 (Ges.-Samm. S. 195) zum Stellvertreter des Regierungs-Präsidenten im hiesigen Bezirks-Ausschuße auf die Dauer seines Hauptamts am Eise des letzteren ernannt; ferner ist der Gerichts-Absorber Frände hieselbst zum Untervorsteher in Nordenburg ernannt.

— Aus Anlaß der in Drischhafen des Kreises Rangard ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche ist der auf den 7. November d. J. für die Stadt Rangard angelegte Viehmarkt aufgehoben; ebenso sind aus Anlaß der in Drischhafen des Kreises Kammin ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche die in Gölzow auf den 5. November d. J., in Kammin auf den 14. November d. J. und in Stepenitz auf den 15. November d. J. anberaumten Viehmärkte aufgehoben.

— Jenseits des Dammschen Sees konnte man gestern gegen Abend einen nicht unbedeutenden Feuerchein, vermuthlich in der Richtung Bergland ober Lübz in, bemerken, welcher auf einen größeren Brand in der dortigen Gegend schließen läßt.

— Sch w u r g e r i c h t. Sitzung vom 25. Oktober. — Anlage wider den Arbeiter Karl Schmidt, den Knecht Karl Krolla, Beide aus Land, und den Arbeiterbrüder Gustav Hermann, Albert und Gottfried Freiwald, sämtlich von hier, wegen fahrlässiger Körperverletzung mit tödlichem Ausgange.

Die Angeklagten sollen in Gemeinschaft bei einer Schlägerei am 21. April d. J. auf dem Bornort Laack bei Eck den Arbeiter Meyer mittelst gefährlichen Instrumenten erschlagen haben. In der heutigen Beweisaufnahme wurde der Arbeiter Karl Schmidt, welcher auch bei der

[illegible]

